



LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

INFO AKTUELL 04/2006

Mag. Wolfgang Braumandl

Mag. Alexander Klimburg

Iran Innenpolitische Aspekte

Wien, im September 2006



BUNDESHEER

Iran – innenpolitische Aspekte

1. Politisches System

2. Wer ist Ahmadinejad?

3. Anhänger des Mahdi-Kults (Hojjatiyeh) und der Haghghaniyeh-Kreis

4. Wahl zum Expertenrat

5. Bestimmende politische Themen

6. Abschließende Bewertung

1. Politisches System

Der Iran verfügt über eine politische Struktur, die – obwohl sie mit einer ausgeprägten parlamentarischen Komponente ausgestattet ist – von Experten als Theokratie bezeichnet wird, weil sich eine Gruppe von Klerikern die staatlichen Instanzen – direkt oder indirekt – untergeordnet hat. Allerdings unterstützt nur ein geringer Teil des schiitischen Klerus dieses System der „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ (*welayat-e faghih*). Die meisten Kleriker, darunter viele hochrangige Großayatollahs, stehen dem System distanziert oder ablehnend gegenüber.

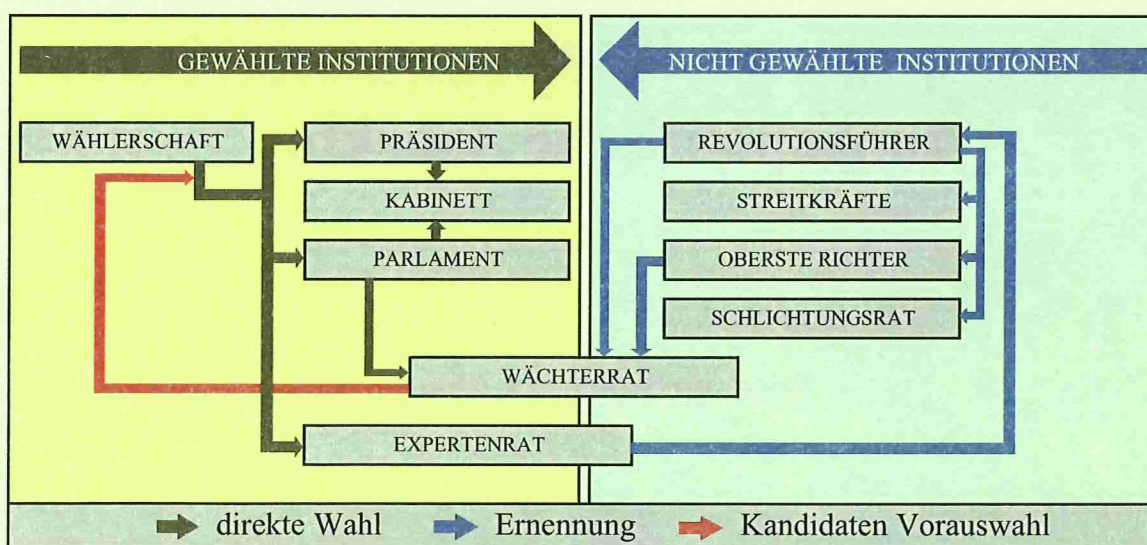


Abbildung 1. Das politische System des Iran

Seit der islamischen Revolution 1979 ist der Revolutionsführer (*rahbar-e enghelab-e eslami*) die wichtigste Funktion im Iran, die seit 1989 Ayatollah Seyyed Ali Khamenei innehat. Er hat nahezu uneingeschränkte Macht und ernennt die **obersten Richter** (allesamt Geistliche), die **Führung** der Streitkräfte (deren Oberkommandierender er ist), den in seinen Kompetenzen erweiterten **Schlichtungsrat** (vermittelt in Konflikten zwischen Wächterrat und Parlament) und bestellt sechs der zwölf Mitglieder des **Wächterrates**. Der Revolutionsführer wird vom Expertenrat auf Lebenszeit gewählt und ist mit umfangreichen Befugnissen gegenüber der Regierung ausgestattet. Durch ein allgemeines Weisungsrecht kann der Revolutionsführer Entscheidungen des Präsidenten abändern, wodurch dessen politischer Gestaltungsraum eingeschränkt wird.

Artikel 57 der iranischen Verfassung ordnet die staatliche Gewalt der religiösen Führung (*velayat-e faghihi*) unter, wodurch das iranische Regierungssystem über keine Gewaltenteilung nach westlichem Modell (Legislative, Exekutive und Judikative) verfügt. Alle drei Elemente staatlicher Macht unterstehen dem Revolutionsführer, der in alle wichtigen Regierungsfunktionen eingreifen kann. Sein Einfluss wird aber durch verschiedene Institutionen und die innenpolitischen Machtverhältnisse beschränkt; wie z.B. von der Stärke der „Hausmacht“ des Präsidenten.

Im Sommer 2005 wurde Mahmoud Ahmadinejad für eine Periode von vier Jahren zum Präsidenten gewählt. Die Wahl zum Präsidenten erfolgt in einer allgemeinen, direkten und geheimen Wahl. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger ab 16 Jahren, wobei Frauen lediglich das aktive Wahlrecht besitzen. Der gewählte Präsident ernennt in Folge die Kabinettsmitglieder, welche der Zustimmung des Parlaments bedürfen. Präsident, Regierung und Parlament unterliegen jedoch starken Beschränkungen durch den Revolutionsführer und Wächterrat. Der Wächterrat kann Gesetze und Beschlüsse der Regierung und des Parlaments genehmigen oder zurückweisen.

Der **Wächterrat** besteht aus sechs Religionsgelehrten und sechs weltlichen Rechtsgelehrten aus dem Parlament. Die religiösen Vertreter im Wächterrat werden vom Revolutionsführer eingesetzt. Ihre Hauptaufgabe ist es, jedes Gesetz auf seine Konformität mit den islamischen Grundsätzen zu überprüfen. Während der Revolutionsführer die religiösen Autoritäten für den Wächterrat bestimmt, ernennt der Oberste Richter (Chef der Judikative) die sechs weltlichen Rechtsgelehrten. Ihre Aufgabe ist es, die Verfassungskonformität legislativer

Beschlüsse sicherzustellen. Der Oberste Richter wird seinerseits vom Revolutionsführer eingesetzt und ist daher in der Regel ein getreuer Gefolgsmann des Revolutionsführers. Der Wächterrat ist nicht nur befugt, jedes Gesetz abzulehnen oder es im Nachhinein für ungültig zu erklären, sondern er prüft auch die Qualifikationen der einzelnen Kandidaten, die sich für das Präsidentenamt oder Parlament zur Wahl stellen wollen. Auch die Kandidaten für den Expertenrat werden vom Wächterrat zugelassen oder abgelehnt. Über parlamentarische Beschlüsse, Gesetze, Ernennungen, etc. entscheiden die Mitglieder des Wächterrates mit einfacher Mehrheit. Bei gleichen Stimmenanteilen hat der Revolutionsführer das letzte Wort. Vorsitzender ist derzeit der ultrakonservative Ayatollah Ahmad Jannati, der auch Mitbegründer des informellen, aber einflussreichen **Haghghaniye-Kreises** von Ayatollah Mohammed Taghi Mesbah Yazdi ist, dem auch der iranische Präsident nahe stehen soll.

Der **Expertenrat** besteht aus 86 vom Volk direkt gewählten Mitgliedern, die alle Experten im Bereich der islamischen Gesetzgebung (*Fiqh*) sind. Sie können somit prüfen, inwieweit vom Revolutionsführer erlassene Gesetze mit dem Islam übereinstimmen. Der Expertenrat wird nach der Wahl im Dezember 2006 aufgrund des Bevölkerungszuwachses 120 Mitglieder haben. Insbesondere bei Bestellung und Absetzung des Revolutionsführers kommt dem Expertenrat ein zentraler politischer Stellenwert zu. Seine Vertreter müssen vom Wächterrat bestätigt werden. Vorsitzender ist Ayatollah Ali Meshkini, der als traditionell konservativ und als Vertreter der ersten Generation der islamischen Revolution gilt.

Das iranische **Parlament** (*Majles*) besteht aus 290 Abgeordneten, die in einer allgemeinen, direkten und geheimen Wahl für eine vierjährige Amtszeit gewählt werden. Ihre Aufgabe ist es, nach Weisung des Revolutionsführers und des Präsidenten, legislative Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Das Parlament muss jeden einzelnen Minister, der vom Präsidenten vorgeschlagen wird, bestätigen. Es hat im Sommer 2005, zum ersten Mal seit der Revolution 1979, mehrere Ministervorschläge Ahmadinejads zurückgewiesen. Die Kandidatenauswahl durch den Wächterrat bevorzugt im Allgemeinen revolutionäre und konservative Kandidaten und wird daher (mit Ausnahme von 1997–2003) von Politikern der islamischen Rechten dominiert, die im Großen und Ganzen die Entscheidungen des Revolutionsführers – und auch des Wächterrates – mittragen.

Politische Parteien im eigentlichen Sinne existieren nicht. Ihre Funktion wird von Fraktionen und Plattformen, die in- und außerhalb des Parlaments aktiv sind, wahrgenommen. Zur Zeit existieren vier wichtige politische Strömungen innerhalb des von der Islamischen Republik gesteckten Rahmens:

- Die „modernen Konservativen“ oder Technokraten, die von Ali Akbar Hashemi Rafsanjani begründet wurden,
- die traditionellen Konservativen oder Fundamentalisten, deren wichtigste Organisation die Osulgaran Bewegung ist,
- die Islamische Linke und
- die Neue Rechte (Ultrakonservative), allen voran die Organisationen der Isargaran und Abadgaran, denen auch Präsident Ahmadinejad nahe steht.

Dem Vernehmen nach soll die persönliche politische Einstellung des Revolutionsführers zwischen den modernen und den traditionalistischen Konservativen liegen. Die modernen Konservativen und die Islamische Linke bilden das Lager der Reformer, während die traditionelle Rechte und die Neue Rechte das Lager der Reformgegner (oder der „Konservativen“) repräsentieren.

Mohammed Khatami trat für einen „Dialog der Zivilisationen“ (der im Iran als Anerkennung des Regimes durch den Westen verstanden wurde) ein und verfolgte im Allgemeinen eine „gemäßigte“ außenpolitische Linie gegenüber dem Westen. Da die Reformkräfte (d.h. Islamische Linke und Technokraten) sich bei den letzten Wahlen auf keinen geeigneten Kandidaten einigen konnten, wurde der Kandidat der Neuen Rechten, Mahmoud Ahmadinejad, zum Gewinner der Präsidentenwahl. Zur Zeit versuchen Kreise, die dem neuen Präsidenten nahe stehen, neben dem Präsidentenamt und dem Kabinett auch Wächterrat und Expertenrat mit eigenen Gefolgsleuten zu besetzen. Damit steuert die iranische Innen- und Außenpolitik auf eine politische Radikalisierung zu, die vor allem für die Islamische Linke einen weiteren Machtverlust bedeutet. In diesem Zusammenhang sollte jedoch auf die Schaffung des *Foreign Relations Steering Council* (FRSC) hingewiesen werden, mit dem sich Khamenei ein weiteres politisches Instrument gegenüber der Neuen Rechten und vor allem auch gegenüber Ahmadinejad geschaffen hat. Parallel dazu wird Rafsanjani mit seinen zahlreichen politischen Interessen und Initiativen auch weiterhin eine bedeutende innenpolitische Rolle spielen.

2. Wer ist Ahmadinejad?

Ahmadinejad wurde 1956 in bescheidenen Verhältnissen geboren. Sein Vater besaß ein kleines Unternehmen im Süden von Teheran, das es der Familie ermöglichte, ihren Sohn auf eine Privatschule zu schicken. Als Student in der iranischen Hauptstadt war er politisch aktiv. So war er eine zentrale Figur in der Studentenbewegung „Daftar-e Tahkim-e Wahdat/Büro zur Stärkung der Einheit“ (DTW). Während des iranisch-irakischen Krieges (1980–1988) trat er den Garden der Islamischen Revolution (Pasdaran) bei, denen er bis etwa 1989 angehörte. Sein genauer militärischer Werdegang ist unklar, es ist jedoch bekannt, dass er als Logistikoffizier und in Kommandantenfunktionen der Qods-Kräfte (Spezialeinsatzkräfte) tätig war.

Zwischen 1990 und 1993 hatte Ahmadinejad verschiedene politische Funktionen inne, bis er schließlich 1997 zum Gouverneur der neu gegründeten Provinz Ardebil ernannt wurde. Kurze Zeit danach entthob ihn die Regierung Khatami allerdings seines Postens. Ahmadinejad lehrte nach seiner Amtsenthebung an der Universität Teheran und betätigte sich nebenbei politisch. So war er maßgeblich am Aufbau einer informellen Gruppe der Neuen Rechten (Khedmat) beteiligt und soll auch zu den Isargaran und Abadegaran gute Kontakte gepflegt haben, die ihm bei seiner Nominierung zum Bürgermeister von Teheran 2003 zugute kamen. Bei den Präsidentenwahlen von 2005 wurde er aber nicht nur von diesen Gruppierungen unterstützt. So gaben ihm die Vertreter der traditionellen Konservativen (Osulgaran) in der zweiten Runde ihre Stimmen, ebenso die den Revolutionsgarden und den Freiwilligenverbänden Basij nahe stehenden Bevölkerungskreise, wie zum Beispiel die Kriegsveteranen. Die unermüdliche Arbeit der Basij, die landauf landab für ihn warben, dürfte ausschlaggebend für seinen Erfolg gewesen sein. Auch radikale Gruppen wie die Ansar-e Hezbollah sollen ihn unterstützt haben.

Ahmadinejad beabsichtigt einen politischen und gesellschaftlichen Umbau des Landes, der eine noch stärkere religiöse Komponente aufweisen soll. Zahlreiche Experten vertreten die Einschätzung, dass die angebliche Nähe des Präsidenten zum apokalyptischen Mahdi-Kult zu einer Radikalisierung der iranischen Außenpolitik führen könnte. Er genießt die Unterstützung einiger ultrakonservativer Kleriker in der heiligen Stadt Qom, die für die Umsetzung seiner politischen Ziele erforderlich ist. Sein Amtsvorgänger Khatami konnte seine

Reformversprechen nicht einhalten, weil sie von Teilen der konservativen Führungselite abgelehnt wurden. Diese politische Schwäche der Reformer nützte Ahmadinejad aus, indem er den Iranern eine gerechtere Verteilung wirtschaftlicher Gewinne aus dem Erdölgeschäft und ein Ende der Korruption versprach. Gleichzeitig brachte ihm sein bescheidener Lebensstil, der sich von den wohlhabenden Bazaris und Klerikern deutlich unterschied, große Sympathien bei der Bevölkerung. Seinen Wahlkampf führte er vor allem mit populistischen Inhalten und mit der Beteuerung, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen zu wollen. Auch mit Hilfe des ultrakonservativen Machtblocks um Ayatollah Mesbah Yazdi und der Freiwilligenverbände (Basij) wurde der ehemalige Bürgermeister von Teheran zum iranischen Präsidenten gewählt. Seine Popularität wird auf seine demagogische Rhetorik zurückgeführt, die ihm den Beinamen „Che Guevara des Nahen Ostens“ einbrachte. Ahmadinejads Rhetorik steht in der Tradition Khomeinis, weil er die Fähigkeit besitzt, auf das jeweilige Niveau seines Publikums einzugehen. Ahmadinejad erhielt im zweiten Wahlgang 61,69 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein Gegner Rafsanjani kam dagegen nur auf 35,93 Prozent.

3. Anhänger des Mahdi-Kults (Hojjatiyeh) und der Haghghaniyeh-Kreis

Um den iranischen Präsidenten zu verstehen, sollte nicht nur sein persönlicher Werdegang und die innenpolitischen Herausforderungen, sondern auch seine religiöse Einstellung beleuchtet werden: Ahmadinejad gilt, wie viele Schiiten, als überzeugter Anhänger des Mahdi-Kults (Mahdaviats). Der Mahdi ist der zwölfte Imam und direkte Nachkomme des Propheten Mohammed, der im Jahre 941 in Samarra (Irak) verschwand. Der Überlieferung nach wird der zwölfte Imam nach einer „Periode des Chaos und des Krieges“ wiederkehren. Der iranische Präsident belebte die Mahdi-Ideologie und verkündete diese auch 2005 vor der UN-Vollversammlung und 2006 in einem Brief an den US-Präsident George W. Bush, indem er meinte, dass das säkulare Zeitalter zu Ende gehe, weil Aufklärung und Wissenschaft versagt hätten. Den Anhängern des Mahdaviats fehlt nicht grundsätzlich die Bereitschaft zum „Dialog der Zivilisationen“, sondern es mangelt an außenpolitischen Erfahrungen im Umgang mit internationalen Partnern. Die radikalen und fundamentalistischen Ideen des Mahdaviats werden selbst vom Revolutionsführer sehr skeptisch beurteilt; er vertritt im Gegensatz zu Ayatollah Mesbah Yazdi eine moderatere Sichtweise. Aber auch die iranische Bevölkerung begegnet der radikalen Mahdi-Ideologie mit Zurückhaltung.

Als geistiger Geburtsort des modernen Mahdi-Glaubens gilt die Hojjatiyeh Bewegung, die während der 1970er- und 1980er-Jahre besonders stark war. Diese vor allem unter der männlichen Jugend weit verbreitete Massenbewegung wurde von Khomeini und seinen Mitstreitern geduldet, später jedoch in den Untergrund gedrängt. Ahmadinejad hat seine Zugehörigkeit zur Hojjatiyeh stets geleugnet. Ebensowenig konnte man dem einflussreichen Unterstützer des Präsidenten, Mesbah Yazdi, eine Mitgliedschaft bei der Hojjatiyeh nachweisen, doch scheinen viele seiner politischen Ideen aus diesem Umfeld zu stammen.

Die Bedeutung von Mesbah Yazdi liegt jedoch in seiner Zugehörigkeit zu einem Zirkel, der sich um ein theologisches Seminar, dem Dar Rah-e Haqq-Institut, gebildet hat. In diesem in Qom ansässigen Institut wurden viele einflussreiche Iraner ausgebildet, darunter der Großteil der Führungskräfte des Informations- und Sicherheitsministeriums (*Vezerat-e Ettela'at va Amniat-e Keshvar*, VEVAK). So sind sowohl der Leiter des VEVAK wie auch der Innenminister Absolventen dieses theologischen Seminars.

4. Wahl zum Expertenrat

Bei der im Dezember 2006 stattfindenden Wahl zum Expertenrat befürchten Reformer und Konservative Wahlbetrug, weil das Innenministerium die Bezirkswahlen und die Wahl zum Expertenrat auf einen gemeinsamen Termin legte. Die der ultrakonservativen politischen Strömung nahe stehenden Institutionen (vor allem Pasdaran und Basij) verfügen über ein großes Wählerpotential, das gezielt mobilisiert werden kann. Kritiker befürchten auch, dass eine geringe Wahlbeteiligung dem Lager um Ayatollah Mesbah Yazdi und Ahmadinejad nützen könnte. Bereits bei den Präsidentenwahlen waren Unregelmäßigkeiten im zweiten Wahlgang aufgefallen: Rafsanjani und der ehemalige Parlamentssprecher, Mehdi Karrubi, kritisierten 2005 die Beeinflussung der Wähler durch die Pasdaran und die Basij-Milizen.

Mit der Wahl des Expertenrates wird sich der weitere politische und ideologische Weg Irans entscheiden. Derzeit führt Ayatollah Ali Meshkini, der eine „konservative“ Linie islamischer Gesetzgebung vertritt, den Vorsitz. Aus gesundheitlichen Gründen wird der 85-jährige vermutlich keinen großen Einfluss auf die politische Zukunft mehr nehmen können. Als engster Verbündeter von Ayatollah Khamenei wird sein bevorstehender Rückzug aus der

Politik den ultrakonservativen Vertretern um Ayatollah Mesbah Yazdi zugute kommen. Ein potentieller Nachfolger könnte der gemäßigte Rafsanjani sein, der jedoch von der Neuen Rechten abgelehnt wird. Die besten Chancen auf die Nachfolge von Meshkini hat der „Newcomer“ Ayatollah Reza Ostadi – ein Hardliner und Unterstützer Ahmadinejads. Da Mesbah Yazdi Ambitionen in Richtung Revolutionsführer nachgesagt werden, scheint eine Kandidatur des ultrakonservativen Vordenkers eher unwahrscheinlich.

Der sukzessive Ausbau des politischen und religiösen Einflusses fundamentalistischer Mahdi-Anhänger drängt auch die konservativen Vertreter im Wächterrat immer weiter zurück. Je mehr Gefährten von Mesbah Yazdi in den Expertenrat gewählt werden, umso größer sind seine Chancen auf die Nachfolge Khameneis. Für die Ultrakonservativen haben die kommenden Wahlen absolute Priorität, um ihre Machtbasis weiter ausbauen zu können. Die Wahlen werden vermutlich auch einen erheblichen Einfluss auf die iranische Außenpolitik haben.

5. Bestimmende politische Themen

Minderheiten und „Verwestlichung“: Seit Ahmadinejads Amtsantritt wurde die „Re-Islamisierung“ der iranischen Gesellschaft verstärkt vorangetrieben. Seit Anfang 2006 läuft z.B. eine „Kampagne gegen schlecht verhüllte Frauen“, die bereits zu etlichen Verhaftungen geführt hat; Bettler wurden von den Strassen Teherans entfernt und kritische Journalisten verhaftet. Die verstärkte „Kulturzensur“ (Verbot westlicher Kulturgüter wie Musik, Film, Werbung, etc.) der Regierung stößt vor allem bei der Mittelschicht und bei den Studenten auf Kritik und Ablehnung. Ein weiteres Problem für die Regierung sind zahlreiche Konflikte mit regionalen Minderheiten (Kurden, schiitische und sunnitische Araber und vor allem Balutschen), die immer wieder zu heftigen Parlamentsdebatten über Innenminister Mostafa Pourmohammadi führen.

Irak: Ahmadinejad versteht sich als „Führer einer zweiten islamischen Revolution“, um die „Errungenschaften“ der islamischen Revolution von Ayatollah Khomeini fortzusetzen. In diesem Sinne fällt es ihm natürlich leicht, die jetzige irakische Regierung zu unterstützen, da ungefähr die Hälfte der Abgeordneten in der irakischen Regierungskoalition Khomeini-treuen, schiitischen Parteien angehört oder zumindest lange Jahre im iranischen Exil verbracht hat. Teheran hat aus seiner Unterstützung für die Badr-Brigaden, die heute als politische Partei im

Irak aktiv sind, nie ein Hehl gemacht. Die Unterstützung anderer Gruppen, vorab Moqtada Sadrs „Mahdi-Armee“, ließ sich jedoch nie nachweisen.

Wirtschaft: Eines seiner wichtigsten Wahlkampfversprechen war die Verbesserung des Lebensstandards der iranischen Bevölkerung, was durch eine Umverteilung der Einnahmen aus dem Öllexport erreicht werden soll. Obwohl sein Wahlversprechen teilweise erreichbar scheint, bleibt abzuwarten, in welchem Ausmaß deren Realisierung von den anderen politischen Entscheidungsträgern Ahmadinejad zugestanden wird. Trotz der derzeitigen günstigen Einnahmensituation weist die Wirtschaft deutliche strukturelle Schwächen auf, die auf einer stark einseitigen Wirtschaftspolitik (Erdöl-Export) beruhen. Die Wirtschaft wird vom Ölsektor dominiert, dessen Anteil am Gesamtexport rund 80% beträgt. Vor allem umfangreiche Auslandsinvestitionen wären für eine Sanierung der iranischen Industrie nötig, um die hohe Arbeitslosigkeit zu senken und geplante Wirtschaftsreformen umsetzen zu können.

Atomprogramm: Für die iranische Führungsriege bietet der Streit über das Nuklearprogramm die Möglichkeit, ihren regionalen Führungsanspruch auf eine internationale Ebene zu heben. Die Eliten der Neuen Rechten verfolgen mit dem Atomstreit zwei Zielsetzungen: Erstens soll der iranische Herrschaftsanspruch im Nahen/Mittleren Osten gefestigt und der Einfluss der USA in der Region begrenzt werden. Zweitens stärkt der internationale Disput über die atomaren Ambitionen des Landes die politische Position der Vertreter der Neuen Rechten – vor allem jene von Ahmadinejad und Mesbah Yazdi. Ob die politischen Zielsetzungen der neuen iranischen Führung umgesetzt werden können, hängt auch von den innenpolitischen Konflikten ab, die auf Grund politischer und wirtschaftlicher Probleme entstehen. Eine Konfliktlösung muss für die iranische Führung innenpolitisch „vertretbar“ sein, um das „Gesicht wahren zu können“. Vor dem Hintergrund der kategorischen iranischen Positionierung, wonach ein Stopp der Urananreicherung nicht verhandelbar sei, ist das „Anreizpaket“ der EU-3 (Deutschland, Großbritannien und Frankreich) ein ernstzunehmender Vorschlag. Ein weiterer Kompromissvorschlag ist ein russisches Angebot, wonach die Anreicherung in Russland durchgeführt werden könnte, um schließlich die angereicherten Brennstäbe wieder in den Iran zu liefern. Nachdem das Nuklearprogramm allerdings als eine Staatszielbestimmung verstanden werden muss, können die Chancen auf eine rasche Einigung in der Atomfrage als gering eingestuft werden.

6. Abschließende Bewertung

Ob der Anspruch einer „zweiten islamischen Revolution“ auch tatsächlich zum politischen Programm geworden ist, kann nur vor dem Hintergrund innenpolitischer Interessen interpretiert werden, die für die weitere Entwicklung des Landes von zentraler Bedeutung sind. Mit dem Wahlsieg von Ahmadinejad besetzen bereits radikale Politiker politische Schlüsselpositionen, die den Ultrakonservativen viel Einfluss und Macht geben.

Die internationale Berichterstattung über das Atomprogramm des Iran beleuchtet die Innenpolitik des Landes nur am Rande. Eine umfassende Analyse über den Atomstreit darf jedoch die innenpolitische Dimension nicht außer Acht lassen, will man die politische und ideologische Position der iranischen Führung verstehen: Zur Zeit versuchen die ultrakonservativen Politiker ihre innenpolitische Stellung gegenüber dem konservativen Establishment um Ayatollah Khamenei und dem Wächterrath zu festigen und auszuweiten. So versucht das ultrakonservative Establishment, sich die Unterstützung der Bevölkerung für die Wahl des Expertenrates im Dezember zu sichern. Ahmadinejad scheint die Anhänger Mesbah Yazdis bei diesen Wahlen zu unterstützen. Diese Wahl ist von entscheidender Bedeutung, weil sie den Auftakt für eine „zweite iranische Revolution“ darstellen könnte. Bis zu den Wahlen Ende 2006 ist daher eine pragmatische Innen- und Außenpolitik zu erwarten, um die Wahlchancen der Neuen Rechten zu stärken. Deren Wahlsieg würde vermutlich keine schlagartige Veränderung in der iranischen Politik mit sich bringen, da eine Amtsenthebung von Khamenei zusätzlicher „Schachzüge“ bedürfte, was eine nicht zu unterschätzende Herausforderung darstellen würde. Sollte Mesbah Yazdi zum neuen Revolutionsführer ernannt werden, wäre mit einer weiteren Radikalisierung der iranischen Politik zu rechnen.



Neueste Publikationen:

Walter Feichtinger und Carmen Gebhard (Hrsg.), 2006

EU als Krisenmanager: Herausforderungen – Akteure – Instrumente

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Martin Malek, 2006

Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova)

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Walter Feichtinger und Predrag Jureković (Hrsg.), Herbst 2006

Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova,

Afghanistan im kritischen Vergleich

Baden-Baden: Nomos

Für den Herausgeber:

Landesverteidigungsakademie, Bgdr Dr. Walter FEICHTINGER

Druck und Endfertigung: ReproZ WIEN 2469/06

1070 Wien, Stiftgasse 2a

Erscheinungsjahr: 2006